

**V2510 Richtlinienmotion (JUSO, SP, Junge Grüne, Grüne) "Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Vorstosstext**

In der Istanbul Konvention werden Forderungen auf kommunaler Ebene verlangt. Der Gemeinderat wird deswegen aufgefordert, folgende Massnahmen gegen patriarchale Gewalt zu prüfen und umzusetzen.

1. Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für den Ausbau von Schutzplätzen und Notschlafstellen für FINTA -Personen ein.
2. Der Gemeinderat sucht auf dem Gemeindegebiet aktiv nach geeigneten Liegenschaften für Schutz- und Notschlafstellen und geht auf Eigentümerschaften und mögliche Betreiberorganisationen zu.
3. Der Gemeinderat erhebt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern aktuelle Zahlen zu Fällen patriarchaler Gewalt und dem Bedarf nach Schutzplätzen von FINTA-Personen.
4. Der Gemeinderat prüft Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Kampagnen, Melde-Möglichkeit, etc.)

**Begründung**

Die vorliegende Motion ist ein dringender Appell an den Gemeinderat von Köniz, sich aktiv gegen die anhaltende patriarchale Gewalt zu positionieren und konkrete Massnahmen zu ergreifen. Die Istanbul-Konvention, die im April 2018 von der Schweiz ratifiziert wurde, stellt einen klaren Rahmen für den Schutz von FINTA-Personen<sup>1</sup> dar und fordert von den Gemeinden, auf lokaler Ebene aktiv zu werden. Leider zeigt sich, dass Köniz in der Umsetzung dieser wichtigen Vorgaben hinterherhinkt.

Die alarmierenden Statistiken zur häuslichen Gewalt in der Schweiz sind unmissverständlich: In den ersten 17 Wochen des Jahres 2025 wurden bereits 15 Frauen Opfer von Feminiziden. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit des Handelns. TINA-Personen<sup>2</sup> sind in den Statistiken auch heute noch unsichtbar. So hat man zu den Gewaltdelikten an ihnen auch keine Zahlen.

FINTA-Personen sind tagtäglich der Gefahr ausgesetzt, patriarchale Gewalt und Belästigung zu erfahren. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel und erfordert ein entschlossenes Handeln der Gemeinde.

Ein zentrales Problem ist der Mangel an Schutzplätzen für FINTA-Personen in der Schweiz. FINTA-Personen sind überdurchschnittlich von patriarchaler Gewalt betroffen und meiden deshalb häufig gemischte oder konzeptionell auf Männer ausgerichtete Angebote. Auch diese Angebote sind allerdings schweizweit überlastet. Der von der Dachorganisation Schweizer Frauenhäuser (DAO) betonte Notstand wird auch von Studien auf Bundesebene sowie von der Konferenz der Sozialdirektor\*innen SODK bestätigt.<sup>3</sup> Konkrete Massnahmen sind im Kanton Bern bisher aber nicht ersichtlich.

---

<sup>1</sup> Frauen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Personen

<sup>2</sup> Trans Menschen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen und Agender Personen

<sup>3</sup> <https://www.srf.ch/news/schweiz/trotz-hilferuf-die-schweizer-frauenhaeuser-sind-weiter-am-an-schlag>

Der Gemeinderat von Köniz muss beim Kanton intervenieren, um die notwendige Infrastruktur für Schutzplätze zu schaffen. Es ist inakzeptabel, dass viele Betroffene nicht wissen, wo sie Hilfe finden können, während die bestehenden Opferberatungsstellen überlastet sind. Hier ist ein so-  
fortiger Handlungsbedarf gegeben.

Die Gemeinde Köniz verfügt über Möglichkeiten, einen Beitrag an die Bereitstellung von ausreichend Schutzplätzen und ggf. Notschlafstellen zu leisten. Namentlich soll der Gemeinderat auf dem Gemeindegebiet systematisch nach möglichen Liegenschaften suchen, welche sich für eine der genannten Nutzungen eignen könnten. Zur Erstellung eines Kriterienkatalogs ist der Kontakt zu möglichen Betreiber\*innenorganisationen aufzubauen. Sind geeignete Liegenschaften nicht in öffentlichem Besitz, soll der Gemeinderat auf die Eigentümer\*innen zugehen, ihre Unterstützung für eine Umnutzung anbieten oder einen Kauf der Liegenschaft anbieten.

Über die Frage der Infrastruktur hinaus können Fortschritte nur durch eine verbesserte Information erreicht werden. Häusliche und sexualisierte Gewalt spielt sich meist im Privaten ab. Der Gemeinderat soll deshalb in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine umfassende Erhebung zu den aktuellen Zahlen patriarchaler Gewalt in der Gemeinde durchführen und den Bedarf an Schutzplätzen eruieren. Nur durch eine fundierte Datengrundlage können gezielte Massnahmen entwickelt und die Situation nachhaltig verbessert werden.

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, wie Betroffenen, die breite Öffentlichkeit, aber auch Täter\*innen besser über diese Hilfsangebote informiert werden können. Beispiele von erfolgreichen Kampagnen liefert beispielsweise die Stadt Bern mit der Melde-Plattform «Bern schaut hin» oder der Sensibilisierungs-Kampagne «Tür an Tür».

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Umsetzung dieser Massnahmen nicht nur eine rechtliche Verpflichtung gemäß der Istanbul-Konvention darstellt, sondern auch eine moralische Verantwortung gegenüber den FINTA-Personen in unserer Gemeinde. Es ist an der Zeit, dass Köniz aktiv wird und sich für eine gewaltfreie und gerechte Gesellschaft einsetzt.

05.05.2025 / Mayra Faccio

## **Eingereicht**

05.05.2025

## **Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern**

Mayra Faccio, Isabelle Steiner, Janka Hamm, Arlette Münger, Bülent Celik, Jutta Gubler Klämenke, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Brigitte Rohrbach, Christine Müller

## **Antwort des Gemeinderates**

### **1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

### **2. Ausgangslage**

#### **Datenlage**

Zu Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt existieren Daten auf nationaler und kantonaler Ebene.

Gemäss Bundesamt für Statistik<sup>4</sup> registrierte die Polizei im Jahr 2024 auf nationaler Ebene 21'127 Straftaten im häuslichen Bereich, davon 26 Tötungsdelikte. Bei den Opfern von Delikten häuslicher Gewalt handelt es sich mehrheitlich um weibliche Personen (rund 70%). Wie bereits in den Vorjahren wurde auch 2024 eine Zunahme von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt festgestellt (+6%), wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind. Bei den Opfern der vollendeten Tötungsdelikten im häuslichen Bereich handelte es sich 2024 um 19 weibliche und 7 männliche Personen. Bis Mitte August 2025 wurden in der Schweiz schon 22 Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen verzeichnet, d.h. weibliche Personen, welche von ihrem (Ex-)Partner, Vater oder von einem anderen Mann getötet wurden.

Auch im Kanton Bern wurde 2024 erneut eine Zunahme (+14%) von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häusliche Gewalt festgestellt (total 1'975 Straftaten). Auch im Kanton Bern liegt der Anteil der weiblichen Opfer bei rund 70%. Im Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt sind die Zahlen nach Verwaltungskreisen, Tat- und Opferpersonen und Strafbeständen dargestellt. Diese Zahlen zeigen – wie im Bericht vermerkt – jedoch nur einen Bruchteil der Realität. Viele Fälle häuslicher Gewalt werden nicht zur Anzeige gebracht und erscheinen in keiner Statistik.

Zu Gewalt an TINA-Personen liegen Daten auf Ebene des Kantons Bern vor sowie die Angaben aus dem Hate Crime Bericht 2025 der LGBTIQ<sup>5</sup> Helpline. Im Kanton Bern erfasst die Kantonspolizei seit dem 1. Januar 2023 LGBTIQ-feindliche Straftaten sowie andere sogenannte Hate Crimes und stellt jährlich eine entsprechende Statistik zur Verfügung<sup>6</sup>. Als Hate Crime gilt eine Straftat, wenn davon auszugehen ist, dass das Motiv der Tat eine auf Vorurteilen beruhende, feindliche Einstellung der Täterschaft gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ist. Es werden alle der Polizei gemeldeten Ereignisse erfasst, unabhängig davon, ob ein Strafantrag vorliegt oder nicht. Folgende Hassmotive werden unterschieden: Ethnie (nationale Herkunft, Fremdenfeindlichkeit) und/oder Religion (z.B. Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit), sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität und Andere (zum Beispiel aus feindlicher Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen). Im Jahr 2024 wurden gesamthaft 33 Vorfälle erfasst. Davon betreffen 25 Fälle das Hassmotiv «Ethnie/Religion» und 8 die «Geschlechtsidentität/sexuelle Orientierung».

Schweizweit erstellt die LGBTIQ-Helpline ein Monitoring LGBTIQ-feindlicher Diskriminierung und Gewalt in der Schweiz. Der Hate Crime Bericht 2025 weist für das Jahr 2024 309 Meldungen aus, wobei rund zwei Drittel der erfassten Vorfälle Beleidigungen und verbale Belästigungen waren, gefolgt von körperlicher Gewalt und sexueller Belästigung.

### **Beratungsangebote bei Gewalt**

Auf kantonaler und nationaler Ebene existieren diverse Beratungsangebote bei Gewalt, welche allen Personen offenstehen.

Die Opferhilfe-Beratungsstellen beraten und unterstützen Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität verletzt wurden. Das Angebot "gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus", welches auch durch die Gemeinde Köniz mitfinanziert wird, bietet kostenlose Beratungen in den Bereichen Rassismus/rassistische Diskriminierung, Gewalt im öffentlichen Raum und Rechtsextremismus. Für Männer und Frauen stehen im Kanton Bern zudem je eigene Beratungsangebote zur Verfügung (für Frauen z.B. AppElle! oder Lantana; für Männer ZwüscheHalt Bern). Zudem gibt es weitere, nicht spezifisch auf Gewalt ausgerichtete Beratungsangebote wie der Checkpoint Bern, ein Angebot der Aidshilfe Bern. Dieses bietet kostenlose psychosoziale Beratungen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen an.

Auf nationaler Ebene steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans, nicht-binäre, intergeschlechtliche oder queere Personen die LGBTIQ Helpline Schweiz zur Verfügung. Diese bietet u.a. Beratungen an bei homo-, bi- und transphober Gewalt und führt eine Meldestelle für Hate Crimes.

<sup>4</sup> [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei/haeusliche-gewalt.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei/haeusliche-gewalt.html)

<sup>5</sup> LGBTIQ = lesbische, schwule, bisexuelle, trans, nicht-binäre, intergeschlechtliche oder queere Personen

<sup>6</sup> [www.police.be.ch/de/start/dienstleistungen/statistik/kriminalstatistik.html](http://www.police.be.ch/de/start/dienstleistungen/statistik/kriminalstatistik.html) (Statistische Erfassung Hate Crimes)

In der Gemeinde Köniz stehen von Gewalt betroffenen Personen verschiedene niederschwellige Anlaufstellen zur Verfügung (Kinder- und Jugendarbeit; Schulsozialarbeit, Sozialberatung, Alters-, Integrations- und Familienbeauftragte). Im Projekt "Köniz schaut hin" werden zudem Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen zu verschiedenen Themen beraten und unterstützt, so auch zu Konfliktlösung, Mobbing- und Gewaltprävention oder Intervention bei sexueller Grenzverletzung, Ausbeutung und Belästigung. In der Volksschule durchlaufen alle Kinder der 3. bzw. 4. Klasse den Parcours „Mein Körper gehört mir“. Im Zyklus 3 wird das Projekt „Herzsprung“<sup>7</sup> regelmässig und das Projekt „Ja, Nein, Vielleicht“<sup>8</sup> punktuell angeboten.

Die Mitarbeitenden dieser Angebote und Anlaufstellen beraten die Klient:innen und Kund:innen bestmöglich und triagieren sie bei Bedarf weiter. Sie sind allerdings nicht oder nur zum Teil auf FINTA-Personen spezialisiert und es fehlt teilweise an Koordination und vertieftem Wissen.

### **Schutzplätze bei Gewalt**

Für Frauen stehen die Frauenhäuser des Kantons Bern zur Verfügung. Diese verfügen über Zimmer für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Allerdings können die Frauenhäuser nicht jederzeit den Bedarf mit den eigenen Räumlichkeiten decken, sondern müssen auf andere Unterkünfte ausweichen wie Hotels. Dort kann keine gleichwertige Betreuung wie in den Schutzhäusern sichergestellt werden.

Allen Menschen aus Berner Gemeinden, welche sich in einer Notsituation befinden, stehen die Notschlafstellen in der Stadt Bern zur Verfügung. Für junge Menschen betreibt der Verein "Rêves sûrs – Sichere Träume" in der Stadt Bern die Notschlafstelle "Pluto". Diese steht allen Menschen bis 23 Jahren offen, welche sich in einer Notsituation befinden.

Für FINTA-Personen steht seit dem 23. Juni 2025 in der Stadt Bern eine neue Notschlafstelle zur Verfügung, welche 18 Plätze explizit für FINTA-Personen bietet. Damit wurde ein Angebot geschaffen für Personen, welche sich in den bestehenden Notschlafstellen oft nicht sicher fühlen und diese deswegen meiden. Zudem handelt es sich beim neu eröffneten Angebot um einen 24-Stunden-Betrieb, welcher tagsüber nicht verlassen werden muss. Dies im Gegensatz zur allgemeinen Notschlafstelle, welche nur über Nacht geöffnet hat. Die neue Notschlafstelle steht allen FINTA-Personen aus dem Kanton Bern offen, die in akuter Not sind, d.h. auch aus der Gemeinde Köniz. Der Aufenthalt ist bis zu drei Monate möglich. Betreiberin ist die Stiftung Heilsarmee Schweiz. Die Kosten des Angebotes werden über den Lastenausgleich durch die Gesamtheit der Berner Gemeinden und den Kanton Bern getragen. Das Projekt ist vorerst bis Ende April 2026 befristet. Je nach Ergebnis der geplanten Evaluation zu Bedarf und Nutzung, wird über die Fortführung des Projekts entschieden.

### **Zusammenhang zum Postulat V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention"**

Die vorliegende Motion nimmt explizit Bezug auf die Istanbul-Konvention, das "Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt", welches 2017 ratifiziert und 2018 in Kraft gesetzt wurde. Am 10.2.2025 wurde das Postulat V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" eingereicht. Darin wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, mit einem Aktions- und Massnahmenplan die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Das Parlament hat das Postulat am 25.8.2025 einstimmig erheblich erklärt. Entsprechend soll ein Könizer Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt unter Einbezug der entsprechenden Akteure und auf der Grundlage einer sorgfältigen Bedarfs- und Situationsanalyse entwickelt werden.

<sup>7</sup> <https://education21.ch/de/bildungsaktivitaet/herzsprung-freundschaft-liebe-und-sexualitaet-ohne-gewalt>

<sup>8</sup> <https://janeinvielleicht.ch/>

### 3. Einschätzung des Handlungsbedarfs

Wie eingangs erwähnt, ist das Ausmass von Straftaten im häuslichen Bereich sowohl schweizweit wie im Kanton Bern sehr hoch und in den letzten Jahren steigend, wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind. Die Mehrheit der Opfer sind weibliche Personen und mehr als die Hälfte aller Tötungsdelikte in der Schweiz wurden 2024 im häuslichen Bereich verübt. 2025 sind bis Mitte August 22 weibliche Personen Opfer von Femiziden geworden. Zu Gewalt an TINA-Personen liegen gesamtschweizerisch einzig Angaben aus dem Hate-Crime Bericht der LGBTIQ-Helpline vor. Im Kanton Bern wurden darüber hinaus 2024 von der Polizei 8 Vorfälle erfasst, welche das Hassmotiv "Geschlechtsidentität/sexuelle Orientierung" betrifft.

Das statistische Bild widerspiegelt sich auch in den Rückmeldungen der Fachpersonen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Sozialberatung und vom Kinder- und Erwachsenenschutz der Gemeinde Köniz. Während von den Fachpersonen verschiedentlich von Fällen von Gewalt an Frauen, Mädchen oder häuslicher Gewalt berichtet wird, gibt es keine konkreten Anhaltspunkte zu spezifischer Gewalt an TINA-Personen in der Gemeinde Köniz. Daraus lässt sich nicht schliessen, dass in Köniz TINA-Personen nicht von Gewalt betroffen sind. Wie bei der häuslichen Gewalt ist davon auszugehen, dass eine Dunkelziffer besteht und Fälle nicht zur Anzeige gebracht werden und in keiner Statistik erscheinen.

Während zu Gewalt an Frauen, häuslicher Gewalt oder zu LGBTIQ-feindlichen Straftaten Daten erfasst werden, ist die Einschätzung des Bedarfs an Schutzplätzen für FINTA-Personen aufgrund fehlender Daten schwer möglich. Eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz zu "Ausmass, Profil und Erklärungen der Obdachlosigkeit in 8 der grössten Städte der Schweiz" aus dem Jahr 2022 zeigt, dass sich deutlich weniger Frauen unter den obdachlosen Personen befinden als Männer. Gleichzeitig wird eine Dunkelziffer bei den FINTA-Personen vermutet, da die meisten Angebote nicht auf FINTA-Personen ausgerichtet sind und daher von dieser Personengruppe gemieden werden.

Zur Eruiierung eines FINTA-spezifischen Bedarfs an Schutzplätzen gibt es zwei Herangehensweisen: Entweder werden weiterführende explorative Studien auf kantonaler oder nationaler Ebene erstellt, analog der 2021 vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann herausgegebenen Studie "Bedarfsabklärung zu Schutzplätzen für gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen". Eine weitere Möglichkeit ist die Bereitstellung von entsprechenden Angeboten für FINTA-Personen und die Evaluation der Nutzung über eine gewisse Zeit. Dadurch kann der Bedarf real erfasst werden. Dies wird aktuell in der Stadt Bern im Rahmen des erwähnten Pilotprojektes einer Notschlafstelle für FINTA-Personen gemacht. Das Pilotprojekt ist vorerst auf ein Jahr befristet. In dieser Zeit wird sich zeigen, wie das neue Angebot genutzt wird und ob es den Bedarf decken kann. Mit der Überprüfung der Nutzung können somit Aussagen zum bestehenden Bedarf gemacht werden.

Die Bereitstellung von entsprechenden Angeboten ist Aufgabe des Kantons. Das neue Angebot in der Stadt Bern wird durch den Kanton via sogenannte Ermächtigungen und dadurch via Lastenausgleich mitfinanziert. Die Kosten werden somit durch die Gesamtheit der Gemeinden und den Kanton Bern getragen. Auch alle anderen Notschlafstellen, die der Kanton via sogenannte Ermächtigungen und dadurch via Lastenausgleich mitfinanziert, sind grundsätzlich für alle Personen aus dem Kanton Bern zugänglich. In Köniz gemeldete Personen können diese Angebote somit nutzen. Der Kanton wird schliesslich darüber entscheiden, ob der Bedarf besteht und das Angebot nach der Pilotphase in den Regelbetrieb übergehen wird. Sollte sich der Bedarf höher erweisen als die 18 neu geschaffenen Plätze für FINTA-Personen und würde der Kanton bei der Suche nach weiteren Liegenschaften auf die Gemeinde Köniz zukommen, würde die Gemeinde diese Anfrage sorgfältig prüfen.

Was die Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit betrifft, inkl. Betroffener und potentieller Täter:innen, wird im Rahmen der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" ein kommunaler Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt unter Einbezug der entsprechenden Akteure und auf der Grundlage einer sorgfältigen Bedarfs- und Situationsanalyse entwickelt werden. Dadurch

soll die Sensibilität der Bevölkerung und von Fachpersonen gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt erhöht, die geschlechtsspezifische Gewalt sichtbar gemacht und die vermutete Dunkelziffer verringert werden.

Zusammenfassend ist der Gemeinderat der Ansicht, dass aufgrund der neu eröffneten Notschlafstelle für FINTA-Personen in der Stadt Bern, welche Personen aus allen Berner Gemeinden und somit auch der Gemeinde Köniz offen steht, die Anliegen der Motionär:innen in den Punkten 1 bis 3 erfüllt sind. Das Angebot richtet sich explizit an FINTA-Personen, steht Personen aus der Gemeinde Köniz offen und durch das Bereitstellen des Angebots kann der konkrete Bedarf von FINTA-Personen nach Schutzplätzen eruiert werden. Aktuelle Zahlen zu Gewalt gegen Frauen, häuslicher Gewalt sowie zu den LGBTIQ-feindliche Straftaten und anderen sogenannte Hate Crimes liegen im Kanton Bern vor. Die Erhebung von Zahlen auf Gemeindeebene durch den Gemeinderat Köniz in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern wird deshalb nicht als zielführend eingeschätzt. Die Problematik bei den bestehenden Daten zu häuslicher Gewalt sowie der Gewalt gegen FINTA-Personen besteht darin, dass vermutlich ein Teil der Fälle nicht zur Anzeige gebracht wird und in keiner Statistik erscheint. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat vor, den Punkt 4 der vorliegenden Motion, die Prüfung von Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, im Rahmen der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention" anzugehen, welches am 25.8.2025 vom Parlament als erheblich erklärt wurde. Konkret soll ein Könizer Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt erarbeitet werden.

#### **4. Finanzen**

Auf mögliche Kosten, welche bei der Umsetzung des Postulats V2503 "Umsetzung Istanbul-Konvention", d.h. bei der Erarbeitung eines stufengerechten Aktions- und Massnahmenplans gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt entstehen, wird im Rahmen der Umsetzung eingegangen.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.
2. Die Punkte 1-3 des Postulats werden abgeschrieben.

Köniz, 12.09.2025

Der Gemeinderat

#### **Beilagen**

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 16.5.2025



Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin  
T 031 970 92 02  
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 16. Mai 2025 rc

**V2510 Motion (JUSO, SP, Junge Grüne, Grüne) "Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz"**  
**Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentswurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

In der Istanbul Konvention werden Forderungen auf kommunaler Ebene verlangt. Der Gemeinderat wird deswegen aufgefordert, folgende Massnahmen gegen patriarchale Gewalt zu prüfen und umzusetzen.

1. Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für den Ausbau von Schutzplätzen und Notschlafstellen für FINTA -Personen ein.
2. Der Gemeinderat sucht auf dem Gemeindegebiet aktiv nach geeigneten Liegenschaften für Schutz- und Notschlafstellen und geht auf Eigentümerschaften und mögliche Betreiberorganisationen zu.
3. Der Gemeinderat erhebt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern aktuelle Zahlen zu Fällen patriarchaler Gewalt und dem Bedarf nach Schutzplätzen von FINTA-Personen.
4. Der Gemeinderat prüft Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Kampagnen, Melde-Möglichkeit, etc.)

Im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeiten setzt sich der Gemeinderat für die Anliegen der Gemeinde ein und vertritt diese gegen aussen.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin